

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/25

Bonn, den 5. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 3	<u>Friedrich Ebert - ein großer Staatsmann</u>	141

Im Gedenken an seine Wahl zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919

Von Wilhelm Kaisen

4 - 5	<u>"Beauftragt vom ganzen deutschen Volk"</u>	81
-------	---	----

Auszüge aus Ansprachen des ersten deutschen Reichspräsidenten

6	<u>Zurück in die Isolierung?</u>	49
---	----------------------------------	----

Die deutsche Außenpolitik vor Entscheidungen

Von Fritz Säger, MdB

Friedrich-Ebert - ein großer Staatsmann  
-----

Im Gedenken an seine Wahl zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919

Von Wilhelm Kaisen

Des großen Staatsmannes zu gedenken, der vor 50 Jahren berufen wurde, einer neuen demokratischen staatsrechtlichen Ordnung vorzusteheren, um der deutschen Bevölkerung eine neue Lebensmöglichkeit zu verschaffen, ist ganz einfach eine Dankespflicht.

Es war mehr als die erforderliche Mehrheit, die sich am 11.2.1919 in der Nationalversammlung für Friedrich Ebert entschied. Damit war eine wichtige Entscheidung gefallen. Sie sollte die demokratische Grundlage für Deutschland in der Zeit von Weimar und für die heutige Zeit bestimmen. Ferner sollte diese Wahl eine Entscheidung für die westliche Welt bedeuten.

Vorausgegangen waren der militärische und der politische Zusammenbruch des Kaiserreiches. Die Älteren unter uns werden sich erinnern, daß uns Sozialdemokraten damals die Frage am meisten beschäftigte: Wie kann das Chaos gebannt werden und wie kommt es am schnellsten zu einer neuen staatlichen Ordnung, die nach unseren Vorstellungen nur die eines demokratischen Rechtsstaates sein konnte.

Das war keinesfalls die Meinung der linksradikalen Sozialisten. Sie waren Verfechter des "Rätesystems", das vor hundert Jahren schon von Bakunin propagiert wurde. Sie entfalteten einen heftigen Widerstand gegen das Bestreben der SPD, an Stelle des Rates der Volksbeauftragten eine erste parlamentarisch gewählte Reichsregierung und einen ersten Reichspräsidenten zu wählen. "Du sollst nicht wählen" war die Parole der Kommunisten, aber das erste Wahlergebnis bewies schon, daß die deutsche Arbeiterschaft mit erdrückender Mehrheit der Sozialdemokratie folgte, aus dem einfachen Verlangen, endlich aus den opferreichen Wirren und Unruhen herauszukommen und wieder festen Grund im Rahmen einer neuen demokratischen Ordnung zu gewinnen.

Mit der Wahl Friedrich Eberts begann nicht nur für ihn, sondern auch für die Sozialdemokratie, deren Erster Vorsitzender er war, ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte. Man kann nicht sagen, daß beide darüber vor Freude überwältigt waren; sie standen mehr unter dem zwingenden Gebot einer Pflicht, sich einer unausweichlich gewordenen geschichtlichen Entscheidung beugen zu müssen, ob sie es nun wollten oder nicht. Die SPD hatte ebendrin die Hauptlast des Ansturms der Feinde der Republik zu tragen und sie wurde zugleich einem inneren Wandlungsprozeß unterworfen, der ebenso schmerzhaft war, wie die Abwehrkämpfe, zu denen sie gezwungen wurde.

Doch das ist geschichtlich zweitrangig. Wichtig war, daß die Reihen in der SPD sich mehr und mehr schlossen, als sie sich bewußt wurde, welche Konsequenzen sich aus der Einheit der Ziele einer sozialdemokratischen Bewegung und der Einheit der deutschen Demokratie ergeben. Die SPD hätte sich selbst verraten, wenn sie damals ihre demokratischen Grundsätze preisgegeben und denen der kommunistischen Diktatur freien Lauf verschafft hätte. Heute wissen wir zur genüge, daß die Wege zur Freiheit und zum Wohlstand - um nur zwei der wesentlichen Ziele des Sozialismus zu nennen - über die Demokratie und nicht über die Umwege der Diktatur führen. Das beweisen uns erneut auch die beklagenswerten Ereignisse in der Tschechoslowakei.

Der Widerstand gegen die Demokratie kam nicht nur von links, sondern in einer bössartigen Form auch von rechts. Es war eine Zeit der Reueritis und dazu eine skandalfreundige Zeit. Kübel von Haß ergossen sich auch über Friedrich Ebert, der nach Meinung der Monarchisten das Kaiserreich und das Heer am Sieg gehindert hatte, um selbst an die Macht zu kommen.

So dummdreist das alles war, es fand im unpolitischen Teil des Bürgertums Gehör. Hier rächte sich noch nachträglich die deutsche Kriegspropaganda. Sie hatte Jahre hindurch das westliche parlamentarische System verlästert und verhöhnt, jetzt sollte es plötzlich für Deutschland nützlich sein. Das ging vielen Menschen über ihren Horizont, sie wurden bald die Kerntuppen Hitlers, und treu und brav marschierten sie mit ihm in eine neue, alles verheerende Katastrophe.

Für die junge Demokratie von Weimar sollte es ein Verhängnis bleiben, daß sie nicht aus dem inneren Ringen unseres Volkes entstanden, sondern daß sie sich als ein letzter Rettungsanker nach einem staatlichen und militärischen Zusammenbruch anbot. Wer sich noch etwas Vernunft bewahrt hatte, unterstützte zwar die Befürworter der demokratischen Republik und nicht ihre Feinde, aber leidenschaftlicher Kämpfer für die Demokratie wurde er nicht.

Die Verfassung von Weimar sagte alles aus über das Wesen und den Inhalt der Republik. Hier beginnt das eigentliche Tätigkeitsgebiet der Sozialdemokratie. Es entstehen in schneller Folge die großen sozialpolitischen Standardgesetze: Achtstundentag, Arbeitslosenversicherung, Sicherung der Koalitionsfreiheit, Betriebsrätegesetz, kurz alles Gesetze, die ihre Zeit überdauert und, erheblich ausgeweitet, heute noch Geltung haben. Wenn damals trotzdem keine rechte Freude über die sozialpolitischen Errungenschaften aufkommen wollte, so lag das an den schweren wirtschaftlichen Kriegsfolgen, zu denen noch eine rapide steigende Geldentwertung kam, überschattet von dem Dokument von Versailles.

Es ist zu allen Zeiten geschehen, daß eine Siegermacht jegliches Maß verlor. Daß aber eine ganze Gruppe von Mächten zu ihrem eigenen Schaden so rigoros mit einer besiegten Macht verfuhr, wie es in Versailles geschah, ist nur selten vorgekommen. Dieser Vertrag war ein schwerer Schlag gegen die gesamte freie Welt und dazu ein Verrat ihrer Prinzipien. Die Republik von Weimar hätte in ihrem Bestreben, den demokratischen Gedanken zu festigen und die Wiederversöhnung der Völker herbeizuführen, die Unterstützung der freien Welt verdient und nicht ihre Vernichtung. Die erste Folge war die Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften durch die Rechte. Sie sollte sich auch gegen Ebert richten. Unter den so oft unflätigen Angriffen leidend, versäumte er, rechtzeitig eine Klinik aufzusuchen. Am 28. Februar 1925 erlag er einer verspäteten Operation.

Die Erinnerung an die damalige Zeit erfüllt jeden, der sie miterlebte, heute noch mit großer Erbitterung. Die Geschichte hat inzwischen Ebert in hohem Maße gerechtfertigt, seine wahre Bedeutung ist erst nach seinem frühen Tode allmählich erkannt und begriffen worden. Seine große geschichtliche Leistung hat besonders auch in der Zeit nach dem

Zweiten Weltkrieg ihre verdiente Würdigung gefunden.

Und die SPD? War es ein von ihr vergeblich gebrachtes Opfer, als sie zur ersten Republik stand und sie verteidigte? Im gleichen Augenblick, in dem man diese Frage stellt, muß man sie auch an die beiden extremen Flügelparteien der Diktatur richten und man wird feststellen, daß darüber die Geschichte inzwischen eine eindeutige Antwort erteilt hat. Heute ist die Demokratie in der Bundesrepublik politisch gesichert. Ihre Gegner werden weder der Monarchie noch einer Diktatur zur Wiedergeburt verhelfen. Eines muß allerdings beachtet werden: Die wirtschaftliche und soziale Sicherheit stehen oben an der Wunschliste unserer Bevölkerung. Die Möglichkeiten für die Sicherung dieser Wünsche sind vorhanden. Hoch und von weittragender Bedeutung für die Geschichte unseres Volkes und unseres Staates sind daher nach wie vor die Anforderungen, die an die SPD gestellt werden.

So dürfen wir uns heute, 50 Jahre nach der Wahl, die Friedrich Ebert an die Spitze der ersten Republik stellte, seiner in Dankbarkeit erinnern. Die vor 1918 und nach 1925 an der Spitze des Reiches standen, haben mit ihrem Gewaltsystem völlig versagt und unermeßliches Unglück über uns gebracht. Ob Monarch, Generalfeldmarschall oder Diktator von Vorsehungsgnaden - alle stürzten sie mit in die Tiefe der Nacht, in der auch ihre Gewaltherrschaft versunken ist. Der Fluch der Menschheit bedeckt ihr Andenken.

Friedrich Ebert wird weiterleben, als Beispiel des Wirkens eines Mannes, der in einer Zeit der Wirrnis und des Chaos das Recht wieder aufgerichtet hat, der nichts zerstörte, sondern der Zerstörung Einhalt gebot, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Möge besonders unsere Jugend lernen, daß Sehnsucht nach Gewaltherrschaft, daß Gleichgültigkeit und Ohnmacht der Bürger zur Macht der Gewaltherrscher führte. Es besteht auch in der Demokratie die Gefahr, eine Beschränkung der Freiheiten dann vorzunehmen, wenn eine Minderheit sich ständig anschickt, in betont ungebundener Art willkürlich die Rechte und das Eigentum anderer zu mißachten.

Die Geschichte von Weimar ist auch nach dieser Richtung hin sehr lehrreich für unsere Zeit. Sie führte von der politischen Entrechtung im Kaiserreich zum gleichen Recht für alle in der Republik. Nachdem dieser Zustand erreicht war, blühte er an Anziehungskraft auf. Die Folgen waren: Niedergang und Katastrophen, Rechtlosigkeit und Zwangsarbeit. In diesem Kreislauf bewegte sich bislang die Geschichte unseres Volkes. Es liegt an unserer Jugend, ob sie bei ihrem Eintritt in das politische Leben bereit ist, die Demokratie zu unterstützen und auszubauen, oder ob sie eine Periode der Anarchie herbeizuführen wünscht, nur um ihre Zerstörungskraft zu messen. Aber das geht wohl nur eine Weile gut. Die demokratischen Instanzen werden damit fertig werden. Das Volk aber bezahlt die Zeche. Daher: Wehret den Anfängen und denkt an - Weimar.

+ + +

Aus Eberts Reden

Beauftragt vom ganzen deutschen Volk

Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteilich zu führen, niemand zu Liebe und niemand zu Leide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schätzen werde. Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin.

Freiheit und Recht sind Zwillingsgeschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten.

Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unseren Brüdern die Freiheit der Wahl raubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege.

11.2.1919. Annahme der Wahl zum Reichspräsidenten in der fünften Sitzung der Verfassung gebenden deutschen Nationalversammlung.

Glaube an das Volk

Ich habe den Glauben an das deutsche Volk, daß es sein Schicksal trägt durch die Stärke des in ihm wohnenden Idealismus, daß dieser Idealismus das deutsche Volk auf dem Grunde wahrer Menschlichkeit, die den einen Hilfsbereiten neben den anderen stellt, zu neuer Einheit zusammenschließt und damit den Boden bereitet für die Wiedergesundung unseres Vaterlandes.

12.12.1922. Anlässlich der Gründung des "Bundes zur Förderung des Roten Kreuzes".

Liebe zur Heimat

Das aber müssen wir uns erhalten, wenn wir unser Vaterland auf Grundlagen aufbauen wollen, die unvergänglich und unzerstörbar sein sollen: die innige Liebe zur Heimat, zum Volksstamm, dem der Einzelne entsprossen ist. Und dazu soll kommen die heilige Arbeit am Ganzen, das Sichindienststellen in die Interessen des Reiches. So löst sich der Widerspruch zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat. In der tugenden Heimat liegt die Quelle unserer Kraft, in der weiteren, in der großen Heimat das Ziel und der Kern unserer Arbeit.

21.8.1919. Ansprache gelegentlich der Vereidigung vor der Nationalversammlung.

### Duldsamkeit

Was uns auch sonst trennen mag, im klaren Bewußtsein unserer Pflicht gegen die Nation müssen wir alle uns in Einigkeit da zusammenfinden, wo es sich handelt um die Grundfragen des Lebens und der Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes: Über das, was für das Ganze notwendig ist, wird es stets verschiedene Meinungen geben; es wird sich nicht vermeiden lassen, daß Gegensätze der Interessen aufeinanderstoßen. Aber diesen Kampf auszuführen, daß er nicht in einen Zusammenprall der Leidenschaften, nicht in blinde Selbstzerfleischung ausartet, muß unser gemeinsames Bestreben sein.

28.10.1922. Bei der Annahme des Gesetzes über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925.

### Heimattreue und Vaterlandsliebe

Die besten Grundlagen unserer Hoffnung auf wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau sind die großen Mächte der Heimattreue und der Vaterlandsliebe.

7.9.1922. Ansprache beim Besuch in Flensburg.

### Einigkeit

Wie wir auch politisch stehen, das eine sollten wir Deutschen in dieser furchtbaren und entsetzlichen Not erkennen, daß es aus dieser Lage keinen anderen Ausweg mehr gibt, als das einmütige Zusammenfassen aller Kräfte, die es ernst meinen mit unserem Vaterlande und unserer Zukunft. Wenn wir auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in den großen Lebensfragen unseres Volkes uns zu einer Front zusammenschließen, dann brauchen wir nicht zu verzagen, dann werden wir durch Tüchtigkeit und Fleiß schließlich auch über dieses Unglück hinwegkommen und unseren Kindern eine glücklichere Zukunft sichern.

25.9.1920. Ansprache gelegentlich der Eröffnung der ersten deutschen Ostmesse.

### Das Vaterland geht alle an

Pflichttreue, Mitarbeit aller Deutschen und selbstlose Opferwilligkeit jedes einzelnen nach Maßgabe seiner Kraft sind nötig, wenn wir das Ziel der Lebensmöglichkeit unseres Volkes, der Gesundung Deutschlands und Europas erreichen wollen. Mehr denn je ist heute das Schicksal jedes einzelnen mit dem des Vaterlandes verknüpft; geht Deutschland zu Grunde, ist auch der einzelne, mag er nichts oder viel besitzen, nicht mehr als ein verwöhntes Blatt.

6.12.1922. Beim Besuch der Anhaltischen Landesregierung.

### Landesverteidigung

Nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat hat Deutschland vor zehn Jahren die Waffen ergriffen. In diesem Bewußtsein haben wir den längen Krieg geführt, und nur dieser Geist konnte uns die gewaltigen Opfer ertragen lassen, die alle Kreise unseres Volkes an Gut und Blut bringen mußten. Das, was das deutsche Volk seit 1914 um seines Deutschtums willen gelitten und geleistet hat, kann nicht verloren sein.

3.8.1924. Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges.

## Zurück in die Isolierung?

---

### Die deutsche Außenpolitik vor Entscheidungen

Von Fritz Sänger, MdB

Nur zwei der zum Bündnis der fünfzehn NATO-Partner gehörenden Mächte, Portugal und die Bundesrepublik Deutschland, haben bisher den Vertrag noch nicht unterzeichnet, der eine Sperre für die Verbreitung von Atomwaffen verhängen will, um der Welt das Unheil eines unkontrollierten Ausbruchs des Verderbens zu ersparen. Der Bundeskanzler hat in diesen Tagen geäußert, das habe noch Zeit und die Erklärung damit begründet, die Regierung Nixon habe bisher "auch noch nicht gedrängt", daß Bonn sich zur Leistung der Unterschrift "in allernächster Zeit" bereitfinden müsse.

Der Bundeskanzler muß wissen, daß solche Äußerung nicht nur in Deutschland Erstaunen hervorrufen muß. Will er die Entscheidungen der Bundesregierung so unmittelbar von den Wünschen und Auffassungen des Freundes in Washington abhängig machen? Kennt er nicht den Vorteil der freien Entscheidung, die, wenn sie aus eigenen Verantwortung getroffen wird, ihren Wert in sich trägt und die, je früher sie getroffen wird, einen umso höheren Wert gewinnt? Nun haben wir es so weit gebracht, daß wir nahezu die Letzten im Bündnis sind - und hatzen es nötig gehabt, mit zu den ersten zu gehören!

Der Bundeskanzler weiß, daß die Regierung Nixon den Sperrvertrag wünscht, wie ihn die Regierung Johnson gewünscht hat. Er weiß, daß der neue Präsident der USA den Kongreß angeregt hat und daß der Senat voraussichtlich im kommenden Monat die Ratifikation vornehmen wird. Dennoch sagt er, die Bundesrepublik könne sich zururckhalten. Vom Bundesminister des Äußeren lasen wir in diesen Tagen, daß er, der die Tatsachen und die Imponderabilien der auswärtigen Entwicklungen besonders sorgfältig verfolgt und wägt, eine baldige Unterzeichnung des Sperrvertrages für im deutschen Interesse liegend hält. Zogert der Bundeskanzler nur deshalb, weil in der Partei, deren Vorsitzender er ist, Gegner der Unterzeichnung am Werke sind? Die Rücksichtnahme auf politische Querelen hat auch in vergangenen Jahren zum Schaden der deutschen Sache anderen deutschen Außenministern Handlungen, die sie aus besserer Einsicht planten, unmöglich gemacht. Wenn der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt: hic rhodus, hic salta!

In der Situation, in der sich die deutsche Außenpolitik zurzeit befindet, hielten hohe Beamte des Auswärtigen Amtes es für angebracht, öffentlich und vorbehaltlos gegen Auffassungen ihres Ministers zu opponieren. Botschafter Grewe, einer von ihnen, rief in uns durch seine Haltung die Erinnerung an mindestens einen früheren Vorgang wach, als er in Washington offiziell operierend in Bonn den Unwillen seines damaligen Ministers erregte. Wie kann - Grewe hat es behauptet - "der Sperrvertrag mit dem Geist der NATO unvereinbar" sein, deren Mitglieder bis auf zwei eben diesen Vertrag als brauchbar und nützlich unterzeichnet haben? Die deutsche Position gerät durch solche Eigenwilligkeiten von politischen Beamten, zumal wenn sie sich wiederholen, nur erneut in den Verdacht der Zweideutigkeit, in dem sie in jenen Jahren gestanden hat, in denen hohe deutsche Staatsmanner in den USA als "Störenfried" empfangen wurden. Es ist hohe Zeit, daß die Bundesregierung klare und endgültige Entscheidungen trifft, sachliche und personelle.